



Erika Mann



Sozialdemokratische Fraktion im
Europäischen Parlament (SPE)

EUROPÄISCHES PARLAMENT
ASP 12 G 342
B-1047 BRÜSSEL
TEL: +32 2 284 5191
FAX: +32 2 284 9191
Email: erika.mann@europarl.europa.eu

EUROPABÜRO
ODEONSTR. 15/16
D-30159 HANNOVER
TEL: +49 511 1674 268
FAX: +49 511 1674 263
Europabuero-erika.mann@spd.de

Newsletter März 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Monat erhalten Sie meinen Newsletter erstmals in einer leicht abgeänderten Form. Statt monatlich werde ich versuchen, Sie in diesen letzten Wochen der Legislaturperiode in kürzeren Abständen über die jüngsten Entscheidungen aus dem Europäischen Parlament und über wichtige politische Ereignisse zu informieren.

Ich freue mich über Ihre Anregungen und Fragen und stehe Ihnen wie immer zur Verfügung.

Ihre Erika Mann

Im Fokus:

- Keine Einwände der EU-Kommission gegen staatliche Beihilfen für Flughafenausbau Kassel-Calden
- Das Salz im Brot des Bäckers
- Glühbirnenverbot bleibt bestehen

Weiterer Inhalt:

Wirtschaft und Finanzen
Industriepolitik
Innere Angelegenheiten
Arbeitnehmerrechte
Klimawandel und Energie
Forschung
Bildung
Landwirtschaft und Ernährung
Internationales und Außenhandel
Interessante Informationen

IM FOKUS

EU-Kommission hat keine Einwände gegen staatliche Beihilfen für Ausbau Flughafen Kassel-Calden

Die Europäische Kommission hat am 25. Februar 2009, ihre Entscheidung bekannt gegeben, keine Einwände gegen die staatliche Unterstützung für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen zu erheben. Die Entscheidung der Kommission macht den Weg frei für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen. Hiermit soll die Verkehrsanbindung der Regionen Nordhessen, Südost-Niedersachsen und Thüringen verbessert werden und der Flughafen Frankfurt/Main besonders durch Nachtflüge entlastet werden. Die Kommission erachtet die staatliche Unterstützung des Ausbaus als verhältnismäßig und als mit dem Gemeinschaftsinteresse der EU konform. Die Höhe der Unterstützung, die durch das Land Hessen, die Stadt Kassel, dem Landkreis Kassel und der Gemeinde Calden aufgebracht wird, beläuft sich auf insgesamt 114 Mio. EUR.

Erika Mann bewertet die Entscheidung der EU-Kommission negativ: "Es ist nicht zu erkennen, warum in der jetzigen Wirtschaftssituation der Ausbau eines weiteren Regionalflughafens sinnvoll ist. Nicht jede staatliche Zuwendung, die in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen getroffen wird, ist auch sinnvoll". Klicken Sie [hier](#) für die Pressemitteilung der Kommission. Weitere Informationen finden Sie auf Erika Manns [Webseite](#).

Das Salz im Brot des Bäckers

Die Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel, die im Juli 2007 in Kraft getreten ist und die im Prinzip für die Nährwertzutaten angeben soll, ist besonders von den deutschen Bäckern heftig kritisiert worden. Die Kritik richtet sich gegen die Festlegung einer Gewichtsgrenze nach der definiert wann ein Salzgehalt im Brot als gesund deklariert wird. Die Verordnung beinhaltet allerdings kein Verbot oder eine Mengenvorgabe von bestimmten Inhaltsstoffen. Sie legt lediglich Grenzwerte für Fett, Zucker und Salz fest. Überschreitet ein Lebensmittel einen Grenzwert, darf das Produkt nicht mit Aussagen über "Gesundheit" oder "Nährwert" beworben werden. Dennoch haben die Bäcker natürlich recht, die sagen, dass ein dunkles Brot einen höheren Salzwert braucht als ein weißes Brot und dennoch insgesamt gesünder ist.

Diese Festlegung hat in vielen Mitgliedsstaaten zu Kritik geführt. Die Kommission hat daraufhin die Veröffentlichung der Nährwertprofile verschoben und wird nun erst Ende März ihre überarbeiteten Vorschläge zu den Nährwertangaben vorlegen. Danach kann das Europäische Parlament innerhalb von drei Monaten mit qualifizierter Mehrheit, Einspruch gegen den Kommissionsvorschlag erheben. Am 19. Januar 2009 wollte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ursprünglich Nährwerttabellen für Lebensmittel vorstellen; dieser Termin ist verschoben worden.

Die Verordnung wurde im Juni 2007 vom Parlament verabschiedet; leider haben wir im Parlament die Problematik die mit der Festlegung von so genannten Salz-Gesundheitsgrenzen verbunden ist, übersehen. Selbst die besten Absichten reichen halt nicht immer aus eine vernünftige Gesetzgebung zu machen. Die Verordnung EG Nr. 1924/2006 erschien dann am 20. Dezember 2006 im Amtsblatt und wurde am 18. Januar 2007 durch eine [korrigierte Version](#) berichtigt. Diese ist am 1. Juli 2007 in Kraft getreten. Da es sich um eine Verordnung und nicht um eine Richtlinie handelt, gilt die Regelung unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten. Eine Umsetzung durch die nationalen Gesetzgeber ist nicht erforderlich. Die Nährwerttabelle- und -profile werden in einem dem ursprünglichen Gesetzgebungsverfahren nachgelagerten Verfahren geregelt, für das die Kommission und die zuständige Behörde verantwortlich ist. Aus diesem Grunde kann jetzt die Kommission einen überarbeiteten Vorschlag vorlegen.

[VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel](#)

[EU Bulletin](#)

1976 erschien der Film "[Das Brot des Bäckers](#)" - Film (1976) in Deutschland. Der Regisseur Erwin Keusch erhielt viele Preise, darunter das Filmband in Silber (Bundesfilmpreis). Im Film gibt es eine wunderbare Szene, in der der Meister dem Lehrling zeigt wie man, nach dem Aufschlagen der rohen Eier, auch noch die letzten Reste mit dem Finger aus den offenen Eischalen herausholt.

Glühbirnenverbot bleibt bestehen

Hintergrund der Glühbirnendiskussion ist die "Energiebetriebene - Produkte - Richtlinie" (auch [Ökodesign-Richtlinie](#) genannt). Auf ihrer Grundlage können für einzelne Produkte, wie zum Beispiel Waschmaschinen oder Lampen, Anforderungen gestellt werden. Die Regelung für Haushaltslampen wurde vom Regelungsausschuss, in dem alle Mitgliedsstaaten der EU vertreten sind, am 8. Dezember 2008 beschlossen. Der Beschluss legte fest, herkömmliche Glühlampen ab 2012 schrittweise aus dem Verkehr zu ziehen. Damit folgt die Kommission dem Beispiel anderer Staaten und Regionen, Stromkosten und Kohlendioxid-Ausstoß zu senken. Zuvor fand im März 2008 eine öffentliche Konsultation statt, doch nun regt sich Widerstand gegen das Verbot. Viele Bürger möchten die freie Wahl zwischen herkömmlichen und energiesparenden Glühbirnen haben. Zwar gibt es auch im EP Widerstand gegen die Gesetzgebung, allerdings ist der federführende Umweltausschuss am 17. Februar 2009 einem Antrag gegen das Verbot mehrheitlich nicht gefolgt. Weil es sich um ein "Regelungsverfahren mit Kontrolle" handelt wird der Bericht nicht durch das Plenum des Parlamentes abgestimmt, sondern geht direkt an die Kommission zurück. Die Kommission wird jetzt die Richtlinie annehmen und im offiziellen Amtsblatt veröffentlichen.

Das bedeutet, dass die klassisch matte Glühbirne über 100 Watt ab September 2009 nicht mehr auf den Markt gebracht werden darf und die klare 60-Watt-Glühbirne ab September 2011 nicht mehr verkauft werden darf. So könnten bis zum Jahre 2020 fünf Milliarden Euro Stromkosten und 15 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Der [Initiativbericht](#) von Fiona Hall im Europäischen Parlament, "Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen", der am 31. Januar 2008 verabschiedet wurde, unterstreicht noch mal die notwendige Verbesserung von Energieeffizienz bei Glühlampen.

Eine Broschüre der EU-Kommission zu Hausbeleuchtung finden Sie unter "[Infokit Hausbeleuchtung](#)"

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt](#)

Die Reaktion von Klimaschützern und Medizinern an dem Verbot wird in folgendem Artikel beschrieben: "[Forscher warnen vor EU-Glühbirnenverbot](#)", Mike Lingenfeller, 5. Januar. 2009, DasErste.de

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Gipfel zur Lösung der Finanz - und Wirtschaftskrise?

Bei verschiedenen Zusammentreffen versuchen die europäischen Staats- und Regierungschefs Lösungen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu entwickeln. Im Folgenden geben wir Ihnen einen Überblick über die Ziele und Übereinkommen dieser Zusammentreffen:

G-20 Vorbereitungsgipfel in Berlin

Am 22. Februar 2009 trafen die Finanzminister aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, sowie den Niederlanden, Tschechien und Luxemburg zusammen. Gemeinsam legten sie eine Initiative vor zur Finanzmarktregulierung, die in Zukunft weltweit alle Finanzmärkte und Marktteilnehmer lückenlos einer Regulierung und Aufsicht unterstellt. Gegen Steueroasen und Staaten, die Steuerhinterziehung nicht konsequent genug bekämpfen, soll ebenfalls vorgegangen werden. Das Treffen in Berlin fand zur Vorbereitung des Londoner

G20- Gipfels am 2. April 2009 statt, um eine "gemeinsame kraftvolle Position" zu bestimmen. Weitere Informationen finden sie [hier](#).

EU-Sondergipfel in Brüssel

Darüber hinaus fand am 1. März 2009 ein [EU-Sondergipfel](#) der Staats- und Regierungschefs in Brüssel statt, um eine gemeinsame Strategie gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bestimmen. Diese Abstimmung ist dringend notwendig, um die europaweiten Probleme in den Griff zu bekommen. Wie dramatisch die wirtschaftliche Lage ist, kann man an der Situation in manchen osteuropäischen Mitgliedsstaaten, zum Beispiel Rumänien, erkennen.

Einen guten Überblick, über die einzelnen Herausforderungen, vor denen die Mitgliedsstaaten stehen, finden Sie [hier](#).

["Protektionismus Thema beim Sondertreffen"](#), Der Tagesspiegel, Albrecht Meier, 01.03.2009

G-20 Gipfel in London

Die Ziele des Gipfels der 20 größten Industriestaaten sind koordinierte Aktionen, um die globale Wirtschaft zu beleben, Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung. Des Weiteren die Reformierung und Verbesserung des Finanzsektors, die Vorantreibung des Washingtoner Aktionsplans und die Schaffung eines besseren Finanzsystems. Grundsätze zur Reform internationaler Finanzinstitutionen sollen auch gefunden werden.

Im Zusammenhang mit dem G20 Gipfel hatten **Erika Mann** und Senador José Guadarrama Márquez einen [Brief](#) an Nicolas Sarkozy, an den Präsidenten des Europarates, und an den amerikanischen Präsidenten verfasst. Der Brief wurde beim VII Treffen des EU/Mexiko Gemischten Parlamentarischen Ausschuss am 29 Oktober 2008 in Mexiko erarbeitet.

In diesem Brief fordert **Erika Mann** dass Mexiko als integraler Bestandteil der neuen Finanzarchitektur aufgenommen wird. Mexiko hatte bereits beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, und beim Finanzmarktgipfel der [G20](#) am 15 November 2008 in Washington, teilgenommen.

Erika Mann ist die Vorsitzende der EU-Mexiko Delegation des EP, die ihr nächstes Treffen am 30.-31. März 2009 abhalten wird. Teil des Treffens wird ein Seminar der Delegationsmitglieder beim Internationalen Währungsfond (IMF) in Paris sein.

Die nächsten G-8 Gipfeltreffen werden von 8.-10. Juli 2009 auf der italienischen Insel La Maddalena stattfinden. Mehr Informationen dazu finden Sie [hier](#). Der nächste Gipfel des [Europäischen Rates](#) findet am 19./20. März 2009 in Brüssel statt.

Europäisches Parlament fordert mehr Aufklärung in Finanzfragen

Das Europäische Parlament setzt sich für eine bessere Aufklärung und Sensibilisierung der Verbraucher in Finanz- und Kreditfragen ein. Die Finanzmärkte gestalten sich immer dynamischer und komplexer, gleichzeitig machen gesellschaftliche Veränderungen eine solide Verwaltung der privaten Finanzen erforderlich machen. Deshalb sollten schutzbedürftige Verbraucher besser aufgeklärt werden. Ein Konzept der finanziellen Allgemeinbildung soll der Vermittlung und dem Erwerb von Finanzwissen dienen.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

[Entschließung des Parlaments zum Verbraucherschutz](#)

EU-Finanzminister unterstützen mittelfristige Haushaltskonsolidierung

Bei ihrem Treffen im Ecofin-Rat am 20. Januar 2009 bekräftigten die Finanzminister der EU-Länder das Ziel nachhaltiger öffentlicher Finanzen. Wie die EU-Kommission gingen sie von einem negativen Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2009 aus. Entscheidend sind nun, neben den Maßnahmen der EZB und der anderen Zentralbanken, die Rettungspakete für den Bankensektor und die Konjunkturprogramme zur Förderung von Nachfrage und Beschäftigung. Notwendig sind aber auch strukturelle Reformen im Rahmen der Lissabon- Strategie, bei denen es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU kommen darf. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist hinreichend flexibel um mit kurzfristig höherer Staatsverschuldung umzugehen.

Lesen Sie weitere Informationen des [Ecofin Rats](#)

Einigung über EU-Haushalt 2009 und Nahrungsmittelhilfe

Die EU-Haushaltsminister und der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments konnten sich in zweiter Lesung auf einen Etat von 116 Mio. EUR Zahlungsermächtigungen eini-

gen. Eine Mrd. EURO wird in den Jahren 2008 bis 2010 angesichts der gestiegenen Nahrungsmittelpreise in der dritten Welt aus dem Agraretat umgewidmet in Hilfen für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern (262 Mio. EUR 2008, 568 Mio. EUR 2009, 170 Mio. EUR 2010). Bezüglich des geplanten Konjunkturprogramms der EU wiesen die Minister darauf hin, dass Vorschüsse aus den Strukturfonds nur gezahlt werden können, wenn die Management- und Kontrollsysteme in den Mitgliedstaaten EU-konform sind. Die Einigung muss noch in einer weiteren Ratssitzung und im Europäischen Parlament förmlich bestätigt werden.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[Rat Budget](#)

[Haushaltsplanvorentwurf für 2009](#)

[Ergebnisse der Änderungsvorschläge](#)

Leseempfehlung

Abschließend will ich Ihnen eine Leseempfehlung geben. Christian Wernicke hat in der Printausgabe der Süddeutschen Zeitung einen interessanten Kommentar zur Finanzkrise und den Reaktionen darauf veröffentlicht: *"Jahrelang haben europäische Regierungen aller Couleur versucht, mit schärferen Regeln den Wildwuchs immer neuer Fonds und Finanzierungstricks an den Weltmärkten zu beschneiden. Hedgefonds und Hypothekenhändlern will der neue Präsident Barack Obama mehr auf die Finger schauen..."*

Lesen Sie weiter auf der Meinungsseite der Printausgabe der [Süddeutschen Zeitung](#), Christian Wernicke, 26. Januar 2009

Art der Getränkeverpackung beeinflusst die Gewinnspannen des Handels

Die Auswirkungen von unterschiedlichen Verpackungstypen für Getränke auf die Rendite eines Artikels sind gravierend. So verursacht eine 1-Liter-Mehrwegflasche im Einzelhandel Kosten von durchschnittlich 7,82 Cent, PET-Einweg dagegen nur 4,61 Cent und ein Getränkekarton sogar lediglich 3,36 Cent. Diese Preisunterschiede von mehr als 130 Prozent haben ihre Ursachen zum einen in der unterschiedlich effektiven Raumnutzung der Verkaufsflächen und zum anderen in den durch das Pfandsystem begründeten Erfordernissen zur Rücknahme und Sortierung von Leergut. Dies geht aus einer aktuellen Studie des EHI Retail Institut e.V. aus Köln hervor. Diese Herausforderungen waren Teil der Gespräche von **Erika Mann** mit Unternehmens- und Betriebsratsvertretern der Ardagh Glas. **Erika Mann** besuchte den niedersächsischen Glashersteller am 16. Januar 2009.

[Weiter zum Bericht](#)

INDUSTRIEPOLITIK

Automobilindustrie: Verschiedene Ansätze für Auswege aus der Krise

Frankreich will seiner kriselnden Autoindustrie eine zusätzliche Finanzspritze von fünf bis sechs Milliarden Euro verabreichen. Bedingung dafür sei, dass PSA Peugeot Citroen und Renault ihre Produktion in Frankreich belassen und französische Zulieferer bevorzugen. Hilfspakete wurden auch in anderen Ländern mit staatlichen Auflagen verbunden. Beispiele dafür sind Volkswagen in Deutschland oder auch General Motors in den USA.

Die EU-Kommission hat am 25. Februar 2009 eine umfassende Mitteilung zur Krise in der europäischen Automobilindustrie veröffentlicht mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise in der Europäischen Automobilindustrie. **Erika Mann** sieht besonders den Bereich der Forschung und Entwicklung als durch die Krise gefährdet. Dabei muss Deutschland in neue Schlüsseltechnologien für die Autoindustrie, wie Lithium-Ionen-Batterien und Supercaps investieren, um international in der Forschung nicht zurück zu fallen. Lesen die mehr dazu auf Erika Manns [Webseite](#).

[Pressemitteilung](#) der Kommission vom 25. Februar 2009

[Mitteilung](#) der Kommission "Maßnahmen zur Bewältigung der Krise in der europäischen Automobilindustrie", 25. Februar 2009.

Chemische Industrie: Chemikalienverordnung REACH

Zwischen den Verbänden der Entsorgungswirtschaft bestehen höchst unterschiedliche Meinungen, ob es erforderlich ist, Altpapier nach der Chemikalienverordnung REACH vorzuregistrieren. Während der [Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.](#) (bvse) die Ansicht vertritt, [eine Vorregistrierung sei nicht nötig](#), kommt eine von der [Interessengemeinschaft Papierrohstoffe](#) (IG Paro) eingerichtete [Arbeitsgruppe](#), an der auch ein Vertreter aus dem niedersächsischen Umweltministerium beteiligt war, zu der Erkenntnis, Altpapier vorsorglich wegen verschiedener, möglicherweise enthaltener Inhaltsstoffe, vorzuregistrieren. Damit befänden sich Verwerter in jedem Fall auf der sicheren Seite. Davon wäre auch die Firma Smurfi Kappa Hoya Karton in **Niedersachsen** betroffen, die **Erika Mann** 2007 besuchte. Für mehr Informationen klicken Sie bitte [hier](#).

INNERE ANGELEGENHEITEN

Klage gegen Vorratsspeicherung von Daten zurückgewiesen

Der Europäische Gerichtshof verwarf den von Irland erhobenen Einwand, die [Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten](#) habe nicht auf eine Binnenmarktregelung (Art. 95 EG) gestützt werden können. Es handle sich um einen Vorgang im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit bzw. der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Die Richter erkannten vielmehr an, dass unterschiedliche nationale Anforderungen erhebliche Auswirkungen auf den Binnenmarkt hätten. Die Richtlinie regle im Übrigen nicht die Nutzung durch Polizei und Justiz.

Erika Mann begrüßt das Urteil, da es hinsichtlich des EU-Vertrags ein Mehr an Rechtssicherheit schafft. Sie erinnert aber daran, dass das Urteil lediglich die Rechtsgrundlage, nicht aber die Maßnahme selbst, welche die anlasslose Erhebung von Kommunikationsverbindungsdaten aller EU-Bürger zum Gegenstand hat, betrifft. **Erika Mann**: „Ein einschlägiges Urteil hierzu ist vom deutschen Bundesverfassungsgericht zu erwarten.“

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil](#)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Vereinbarung führender Website-Anbieter zum Schutz Minderjähriger

17 führende Website-Anbieter haben erstmalig eine europäische Vereinbarung zum Schutz Minderjähriger bei der Nutzung von Websites zur sozialen Vernetzung unterzeichnet. Darunter sind Facebook, Google/YouTube, Microsoft Europe, Myspace, StudiVZ und Yahoo!Europe. Die Unterzeichner verpflichten sich zu Vorkehrungen gegen Cyber-Mobbing (Mobbing und Belästigung von Kindern im Internet oder per SMS), Grooming (Erwachsene suchen „freundschaftlichen“ Kontakt zu Kindern, um sie später sexuell zu missbrauchen) und gefährliches Verhalten, wie die Weitergabe persönlicher Daten. Zu diesen Vorkehrungen gehören eine einfach anklickbare Meldetaste für anstößiges Verhalten und die Gewährleistung, dass die privaten Profile von Nutzern unter 18 nicht suchbar sind.

Für weitere Informationen klicken sie bitte [hier](#) und [hier](#).

[Rede Vivianne Reding](#)

Erleichterungen für Einreise und Aufenthalt Hochqualifizierter in EU

Der Entwurf der sogenannten Blue Card- Richtlinie fand im Wesentlichen die Unterstützung aller EU-Innenminister. Der Rat beauftragte den Ausschuss der Ständigen Vertreter, die Arbeiten am Richtlinienentwurf abzuschließen. Vorgesehen ist im bisherigen Entwurf, dass ein hochqualifizierter Ausländer mindestens das Anderthalbfache des durchschnittlichen nationalen Bruttolohns verdienen muss. Von einer Berufsliste wie im deutschen Aufenthaltsgesetz ist nicht mehr die Rede. Fest steht, dass jeder Staat weiterhin den Zugang zu seinem Arbeitsmarkt selbst regeln kann. Blue Card - Inhaber können aber in der EU frei reisen und Beschäftigungszeiten in mehreren Staaten kumulieren und auch so nach fünf Jahren ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten.

Weitere [Informationen](#) und Dokumente [Rat Justiz/Inneres](#).

ARBEITNEHMERRECHTE

Keine ernsthaften Probleme durch Mobilität der Arbeitnehmer in EU

Das Fazit des am 18. November 2008 veröffentlichten Berichts der EU-Kommission ist, dass die Mobilität von Arbeitnehmern aus den Ländern, die der EU in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind, sich positiv auf die Wirtschaft der Mitgliedstaaten ausgewirkt habe und nicht zu ernsthaften Störungen auf den Arbeitsmärkten geführt hat. Der durchschnittliche Bevölkerungsanteil von Staatsbürgern der Beitrittsländer von 2004 (EU-10), die nun in den EU-15-Staaten leben, sei von 0,2 % im Jahr 2003 auf 0,5 % bis Ende 2007 angestiegen und der von Bulgaren und Rumänen von 0,2 % auf 0,5 %. Die Mehrheit der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten von 2004 (hauptsächlich aus Polen, Litauen und der Slowakei), zog nach Irland und UK. Rumänen zogen hauptsächlich nach Spanien und Italien.

Weitere Informationen finden sie [hier](#), auf der EU-[Webseite](#) und in diesem [Bericht](#).

KLIMAWANDEL und ENERGIE

Novelle des Atomgesetzes muss Rückholung des Strahlenabfalls ermöglichen

Wegen der Sicherheitsrisiken im Atommülllager Asse II hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vom Bundestag Nachbesserungen an der 10. Atomgesetznovelle gefordert. Der Umweltverband befürworte zwar, dass Asse II mit der Novelle in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) übergehe und die Schließung der maroden Atommüllkippe entsprechend dem Atomgesetz über einen Planfeststellungsbeschluss erfolgen solle. Der Schließung der Asse müsse jedoch zwingend ein wissenschaftlich seriöser und umfassender Vergleich aller dafür möglichen Optionen vorangehen. [Weiter zum Bericht](#)

Emissionshandel von energieintensiven Unternehmen

Das Europäische Parlament hat am 23. Januar 2008 ein Klimapaket beschlossen, dessen Umsetzung ab 2009 ansteht und ab 2013 implementiert werden soll. In diesem Zusammenhang werden so genannte "Benchmarks" eine besondere Rolle spielen. "Benchmarks" legen fest, wie Emissionsrechte verteilt werden können. Sie werden unabdingbar sein, um Ende 2009 beim [Klimagipfel in Kopenhagen](#) auch international zu einem erfolgreichen Abschluss zu kommen, da hier "Benchmarks" als Richtschnur für die Verminderungspotentiale gelten können.

In diesem Zusammenhang hat **Erika Mann** eine Expertenrunde von energieintensiven Unternehmen zusammengestellt, mit der sie einen Vorschlag für ein international anwendbares "Benchmarking"-System ausarbeiten wird. **Erika Mann** besuchte in diesem Zuge am 16. Januar 2009 den niedersächsischen Glashersteller Ardagh Glas in Bad Münder. Ardagh Glas zählt neben der Salzgitter AG und anderen zu den vielen energieintensiven Unternehmen in **Niedersachsen**, die von einer noch zu erstellen Methode für die Erteilung von Zertifikaten betroffen sein werden.

FORSCHUNG

Metrologieforschungsprogramm vorgestellt

Die Europäische Kommission hat am 3. Dezember 2008 ihre Pläne für ein [europäisches Metrologieforschungsprogramm \(European Meteorology Research Programme, EMRP\)](#) vorgestellt. Die 22 nationalen Metrologieinstitute, sollen in einem europäischen Programm zusammengeführt und somit besser koordiniert werden. Die Federführung hat die [Physikalisch-Technische Bundesanstalt \(PTB\)](#) in Braunschweig bekommen. Das Gesamtvolumen des angestrebten Forschungsprogramms, beträgt 400 Mio. Euro, wovon die Hälfte von der EU und die andere Hälfte von den nationalen Metrologieinstituten aufgebracht werden soll.

Erika Mann wurde zur Berichterstatteerin für den Bericht zum gemeinsamen Europäischen Metrologieforschungs- und Entwicklungsprogramm im Europäischen Parlament ernannt. Der

Bericht wird im Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie voraussichtlich Ende März und im Plenum des Parlamentes im Mai 2009 abgestimmt. **Erika Mann** arbeitet seit vielen Jahren mit dem PTB und den anderen Metrologieeinrichtungen in Europa zusammen, um im Rahmen des Art. 169 des EG-Vertrages eine Kooperation zwischen EU-Mitgliedsstaaten und der EU zu erreichen.

BILDUNG

Ausbau der Hochschulbildung bei der beruflichen Bildung

Nach Überzeugung der EU-Bildungsminister sollte zur Deckung des Bedarfs an hochwertigen Qualifikationen die Hochschulbildung bei der beruflichen Bildung und bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt eine größere Rolle spielen. Duale Systeme, bei denen das Lernen im schulischen Umfeld und das Lernen am Arbeitsplatz miteinander kombiniert werden, sollten gefördert und die Erwachsenenbildung in Unternehmen und an Hochschulen ausgebaut werden. Nationale Qualifikationssysteme und -rahmen seien im Einklang mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen und der Einführung des [künftigen] [Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung \(ECVET\)](#) sowie des [künftigen] Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung (EQARF) zu entwickeln.

[Rat Bildung](#)

[Schlussfolgerungen](#)

[Strukturen der beruflichen Bildung in Niedersachsen](#)

LANDWIRTSCHAFT und ERNÄHRUNG

Verabschiedung des "Pflanzenschutz-Pakets"

Das so genannte "Pflanzenschutz-Paket" umfasst eine [Rahmenrichtlinie](#) zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und eine [Verordnung](#) über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln. Nachdem in zweiter Lesung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments am 5. November 2008 ein Kompromiss geschlossen wurde, der von allen Fraktionen unterstützt wird, waren die beiden Berichte Gegenstand von Trilog-Verhandlungen zwischen Umweltrat, Parlament und Kommission. Zentrale Diskussionspunkte waren die zonale Zulassung von Pflanzenschutzmitteln; die Beurteilung von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen; das Verbot bestimmter Substanzen; die Einrichtung von Pufferzonen für Gewässer und empfindliche Gebiete; und die Risiko-Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.

Erika Mann wurde seit Mitte Oktober 2008 verstärkt von [Landwirten](#) und Agrar-Verbänden angeschrieben. Am 13. Januar 2009 stimmte das Europäische Parlament mehrheitlich dem Kompromiss zu. Folgende Regelungen wurden somit beschlossen: 22 krebserregende und das Erbgut verändernde Pflanzenschutzmittel werden stufenweise aus dem Verkehr gezogen. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Rates, damit es noch 2009 in Kraft tritt. Das Verbot greift für jeden der 22 Inhaltsstoffe aber erst dann, wenn ihre in der Regel auf zehn Jahre befristete Zulassung ausläuft. Darüber hinaus soll der Gebrauch schädlicher Pflanzengifte eingeschränkt werden. Sie dürfen zukünftig nicht mehr Parks, öffentlichen Gärten, sowie auf Spiel- und Sportplätzen versprüht werden. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, betont, dass die verabschiedeten Regelungen die Landwirte vor [große Herausforderungen](#) stellen wird. [Herr Hilse](#), Präsident des Landvolks **Niedersachsen**, forderte die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, dass die Umsetzung der Richtlinie nur 1:1 erfolgen darf, damit es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Der Rat fasste einen Gemeinsamen Standpunkt im Hinblick auf die Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pflanzenschutzmitteln. Dieser wurde am [09. Januar 2009 dem Europäischen Parlament](#) übermittelt. Die 2. Lesung im Europäischen Parlament ist während der April-Plenartagung vorgesehen.

USA gehen in der WTO gegen Importverbot der EU für Geflügel vor

Am 16. Januar 2009 gab die amerikanische Handelsbeauftragte Susan Schwab bekannt, dass die USA wegen der Ablehnung des Imports von Geflügelschlachtkörpern, die mit Chlordioxid, saurem Natriumchlorit, Trinatriumphosphat oder Peroxysäuren zur Beseitigung einer mikrobiellen Kontamination behandelt worden sind, Konsultationen vor der Welthandelsorganisation in Genf eingeleitet hätten. Wenn nicht innerhalb von 60 Tagen ein Ergebnis erzielt werde sei mit der Anrufung eines „Panels“ zu rechnen. Ein Vorschlag der Kommission zur Zulassung dieser Verfahren ist sowohl im Europäischen Parlament als auch im Rat abgelehnt worden. Die USA begründen ihren Antrag damit, dass die EU für das seit 1997 bestehende Verbot keine wissenschaftlichen Erkenntnisse über eine Gesundheitsgefährdung durch diese Verfahren habe vorlegen können.

Erika Mann ist Mitglied im TEC ([Transatlantischer Wirtschaftsrat](#)). Der TEC hat sich mit diesem Thema immer wieder beschäftigt, allerdings war auch von Anfang deutlich, dass die EU an ihrem Einfuhrverbot festhalten wird. In **Niedersachsen** wäre von einer Änderung des bestehenden Einfuhrverbots besonders das Unternehmen **Wiesenhof** negativ betroffen. Wiesenhof hält sich an die in der EU geltenden hohen Reinigungsstandards (reines Wasser) bei geschlachteten Hühnern und würde unter erheblichen Wettbewerbsdruck geraten, wenn das bestehende Einfuhrverbot aufgehoben werden würde.

Weitere Informationen sie auf [Erika Manns Webseite](#) und [hier](#).

INTERNATIONALES und AUßENHANDEL

Container-Scannung erneut auf dem Prüfstand - praktische Regelung zur Containersicherheit nötig

Am 3. August 2007 hat die amerikanische Regierung den '[Implementing recommendations of the 9/11 Commission Act of 2007](#)' (Umsetzung der Empfehlungen des 9/11 Gesetzes von 2007) verabschiedet. Diese Gesetzesinitiative ging vom amerikanischen Kongress aus und beinhaltet, dass, bevor europäische Seecontainer auf Schiffe, die die USA ansteuern, verladen werden können, diese auf Waffen, Sprengstoffe oder andere Ausrüstungen durchleuchtet (Scanning) werden müssen. Das 100%ige Durchleuchten hat weltweit eine Debatte über den Sinn und die technische Machbarkeit einer solchen Regulierung losgetreten. Deutschland hat als größtes europäisches Exportland mit einem der größten Exporthäfen der EU nach USA (in Bremerhaven) ein besonderes Interesse daran, eine praktikable Lösung für diese neuen Auflagen zu finden.

Janet Napolitano, die neue [Heimatschutzministerin](#) der USA, erklärte die Implementierung des Gesetzes könnte sich verzögern. Wenn die Voraussetzungen bis 2012 nicht erfüllt sind, sieht das Gesetz eine Aufschiebung der Frist um zunächst zwei Jahre vor. Die zuständige Behörde (*U.S. Customs and Border Protection, CBP*) führt gegenwärtig ein Pilotprojekt zur Erprobung der Umsetzbarkeit durch. Bereits im Juni 2008 stellte die Behörde fest, die Kontrolle jedes einzelnen Containers "sei unpraktisch und schädlich für die eigene Wirtschaft." Neben den technischen Problemen in einigen Häfen verwies die Behörde auch auf den Widerstand ausländischer Regierungen gegen diese Regelung mit extraterritorialer Wirkung. Die meisten Mitgliedsstaaten der EU und die EU-Kommission sind gegen ein 100% Durchleuchten und ziehen einen "risikobasierten Ansatz" vor.

Als Vorstandsmitglied von GESA e.V. (German European Security Association e.V.) leitete **Erika Mann** eine Podiumsdiskussion auf der jährlichen GESA- Konferenz am 9. Dezember 2008 zum Thema Containersicherheit. **Erika Mann** betonte dabei die Notwendigkeit einer Modifikation der 100%igen Pflicht zur Containerdurchleuchtung und spricht sich für eine praxisnahe und der modernen Containerwirtschaft angemessenen Regelung aus. Die German European Security Association (GESA) wurde im Herbst 2006 auf Initiative von **Erika Mann**, dem CDU-Europaabgeordneten Dr. Christian Ehler und dem FDP-Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff ins Leben gerufen und Anfang 2007 gemeinsam mit anderen Europaabgeordneten gegründet.

Erika Mann traf sich am 20. Februar 2009 in **Hamburg** mit Vertretern von MSC Gates, der Hamburger Hafen- und Logistik AG (HHLA), dem Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein, dem Verband Deutscher Reeder und dem Zentralverband der deutschen See-

hafenbetriebe um eine klare Strategie zu finden, die helfen wird, eine realistische und vernünftige Haltung zwischen Europa und den USA zu finden.

Weitere Informationen finden sie auf der Webseite von **Erika Mann**.

Mehr Informationen zum Container Screening der USA finden Sie hier (auf Englisch).

Informationspapier der Deutschen Außenhandelskammer in Washington zum Thema Container Screening

INTERESSANTE INFORMATIONEN

Enterprise Europe Network

Das Enterprise Europe Network ist ein zentrales Beratungsnetzwerk der Europäischen Union, das Firmen und Unternehmen unter anderem zu Fördermitteln oder EU-Gesetzgebungen berät. Für Niedersachsen sind bei den folgenden Stellen Ansprechpartner zu finden:

Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH - Nbank, www.nbank.de

Leibniz Universität Hannover, www.uni-hannover.de

Fachhochschule Osnabrück, www.fh-osnabrueck.de

Informationsbroschüre zu europäischen Studiengängen

Die Zeitung "European Voice" hat die neuste Informationsbroschüre zu europäischen Studiengängen veröffentlicht. Der EU Studies Guide 2009 kann hier heruntergeladen oder bestellt werden.

Aufruf zum Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag 2009 am 23. April 2009

Der Girls' Day ist Deutschlands größte und vielfältigste Berufsorientierungsinitiative für Mädchen. Durch den Aktionstag haben bereits etwa 800.000 Mädchen Berufe entdecken können, in denen Frauen bisher noch unterrepräsentiert sind. Schülerinnen ab Klasse 5 erleben am Girls' Day die Arbeitswelt in zukunftsorientierten Berufen in Technik, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften oder lernen weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen.

Weitere Informationen finden unter www.girls-day.de und unter <http://www.kompetenzz.de>
Den offiziellen Aufruf zur Teilnahme am Girls' Day finden Sie hier.

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, und Forschungspolitik.

Dieser Newsletter greift auf verschiedenen Quellen zurück, darunter sind "Ausgewählte Vorgänge auf EU Ebene" von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University), POLITIKPORTAL.EU, Wochenbericht aus der Niedersächsischen Landesvertretung in Brüssel und viele interne Meldungen, die wir für Sie aufbereiten.